

Tschäppät: «Hat mich getroffen»

BERN sda. Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät bereut seinen umstrittenen Comedy-Auftritt zwar nicht. Im Nachhinein würde er aber die Witze über Italiener weglassen, sagte er in einem Interview mit der «Berner Zeitung».

Aus einem 20 Minuten langen Auftritt, der als Comedy angekündigt worden sei, seien später zwei Witze herausgelöst worden, sagte Tschäppät. Dies habe zu einer medialen Empörungswelle geführt. «Das hat mich getroffen», sagte er. «Man kann mir vieles vorwerfen. Aber sicher nicht, dass ich rassistische Züge hätte, das ist schlicht herbeigeschrieben und -geredet.» Er habe sich etwa an vorderster Front für die Antirassismussgesetzgebung eingesetzt.

Speziell sei, dass die Empörung erst zwei Wochen nach dem Auftritt eingesetzt habe. Direkt nach dem Auftritt am 12. Dezember habe ihn niemand auf die Italienerwitze angesprochen. Tschäppät: «Da sitzen 1100 Leute im Zelt und Dutzende Journalisten, die ja nur darauf warteten, dass ich einen Fehler mache. Aber niemand kritisierte irgendetwas.»

Bankgeheimnis auf Konten aus Pinochet-Ära wird gelüftet

JUSTIZ Chile erhält Einsicht in Schweizer Bankkonten, auf denen Schmiergelder in Millio-nenhöhe vermutet werden. Seit 2006 ermittelt auch die Bundesanwaltschaft.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Beim chilenischen Verfahren geht es um den Kauf von 25 Mirage-Kampf-flugzeugen aus Beständen Belgiens durch die chilenische Luftwaffe in den 1990er-Jahren für 109 Millionen Dollar. Dabei sollen Schmiergelder in der Höhe von 15 Millionen Dollar an verschiedene Personen bezahlt worden sein. Mit-telsmann des Deals war der Waffen-händler Carlos Honzik, ein Vertrauens-

mann von Augusto Pinochet, dem ehemaligen chilenischen Diktator, der zum Zeitpunkt des Mirage-Geschäfts noch Oberbefehlshaber der Armee war.

Verfahren ausgedehnt

Honzik war nach den Erkenntnissen der chilenischen Strafverfolgungsbehörden auch für die Verteilung der Schmier-gelder besorgt, die über ein komplexes Netz von Konten und Firmen flossen. Die Bestechungsgelder sollen unter anderem über Konten einer liechtenstei-nischen Stiftung verschoben worden sein, deren Begünstigter Honzik war. Nach dem Tod des Waffenhändlers im Jahr 2001 wurden seine beiden Söhne Begünstigte der Stiftung. Die Witwe Honziks und mehrere ehemalige Luft-waffenoffiziere werden von der chileni-schen Staatsanwaltschaft der Unter-schlagung öffentlicher Gelder, der un-getreuen Amtsführung und der Bestechlichkeit beschuldigt.

Im Februar 2006 eröffnete auch die schweizerische Bundesanwaltschaft (BA) ein Strafverfahren im Zusammen-hang mit den Schmiergeldern aus dem chilenischen Mirage-Deal. Es ging um den Verdacht der Geldwäscherei und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation und richtete sich zunächst gegen unbekannt. Später wurde das Geldwäschereiverfahren auf die Witwe Honziks und eine weitere Person aus-gedehnt. Im April 2012 ersuchte Chile die Schweiz in einem Rechtshilfesuch um Einsicht in die Unterlagen des Schweizer Verfahrens und beantragte zugleich die Beschlagnahmung von Kon-ten, auf die 6,2 Millionen Dollar geflossen sein sollen.

Die Bundesanwaltschaft hiess das Rechtshilfesuch im vergangenen März gut und verfügte die Übermittlung der von Chile gesuchten Unterlagen. Die beiden Söhne Honziks – sie gehören nach Auskunft der Bundesanwaltschaft

nicht zu den Beschuldigten im Schwei-zer Verfahren – fochten diese Verfügung beim Bundesstrafgericht an. Sie wehrten sich auch gegen die Sperre eines Kontos bei einer Bank in Zürich. In einem kürz-lich eröffneten Urteil wies das Bundes-strafergericht die Rekurse jedoch ab.

Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig, wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage der «Zentralschweiz am Sonntag» be-kannt gab. Die Übermittlung der Doku-mente werde zurzeit vorbereitet. Was das Verfahren der Bundesanwaltschaft um die chilenischen Schmiergelder be-trifft, so stellte die Schweiz am 29. April im Falle der Witwe Honziks ein Gesuch an Chile um Übernahme der Strafver-folgung, wie BA-Sprecherin Jeannette Balmer weiter mitteilte. Das Schweizer Verfahren läuft aber weiter. Zur Höhe der insgesamt beschlagnahmten Gelder wollte sich die Sprecherin nicht äussern. In ausländischen Medien war von 13 Millionen Dollar die Rede.

Der «Eismann» und der neue Kurs der Liberalen

PORTRÄT Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger ist Energieexperte. Mit seinem Plusenergiehaus ist er grüner als viele in seiner Partei.

Die FDP werde ein grünes Profil entwickeln, kündigte Parteipräsident Philipp Müller vor einiger Zeit in der «Sonntagszeitung» an. Ein Vorhaben, das noch nicht bei jedem angekommen ist, wie Gespräche mit Freisinnigen immer wieder zeigen. Einer, der schon auf dem neuen Kurs ist, heisst Peter Schilliger (54). Auch wenn der Luzerner Kantonalpräsident sagt, er würde kein Problem damit haben, neben einem AKW zu wohnen – «solange der Wasserdampf aus dem Kühlturm nicht immer in meine Richtung weht», fügt er in seinem Einfamilienhaus in Udligenswil hinzu. Wobei es wirklich eine Schande wäre, ein AKW in diese Landschaft zu setzen – von der Rigi bis zur Jungfrau erheben sich die Alpen hinter dem Garten mit Bioschwimmteich.

Ideale Lösung für jedes Gebäude

Obwohl er Atomtechnik nicht ablehnt, setzt Schilliger in seinem Zuhause auf erneuerbare Energien. Mit Solarpanels, einer 80 Quadratmeter grossen Fotovoltaikanlage, einer Wärmepumpe und einem Eisspeicher hat er aus seinem 17 Jahre alten Haus ein Plusenergiehaus gemacht (siehe Box). Ein Pilotprojekt, das sich der Mitinhaber einer Haus-technikfirma auch leisten kann: 120 000 Franken hat er in die innovative Anlage gesteckt. «Klar, um marktauglich zu werden, muss der Preis deutlich fallen», sagt er. Dann aber, ist der Unternehmer Schilliger überzeugt, sei das System eine gute Alternative zu den herkömmlichen Gebäudesanierungen, die auf bessere Dämmung setzen. «Für jedes Gebäude gibt es eine ideale Lösung», erklärt der gelernte Sanitär- und Heizungstechniker. «Entspricht die Bausubstanz nicht mehr dem Stand der Technik, ist eine Fassaden-, Dach- und Fenstererneuerung vorzuziehen. Aber bei neueren Gebäuden kann es mehr Sinn machen, bei



Peter Schilliger auf dem Dach seines Plusenergiehauses: «Ich bin doch nicht der Einzige im Land, der aus Interesse und dem Drang, besser zu werden, neue Sachen ausprobiert.»

Bild Nadia Schärli

Technik und Energiezufuhr anzusetzen.» Vorteil für Hauseigentümer Schilliger ist jedenfalls, dass er übers Jahr gerechnet wohl keine Energiekosten mehr hat, er ist sozusagen Selbstversorger. «Im Jahr produziere ich 2000 Kilowattstunden mehr, als ich verbrauche», sagt er. Zumindest theoretisch. Weil die Anlage erst vor wenigen Wochen in Betrieb gegangen ist, kann Schilliger noch keine Jahreswerte angeben. Täglich geht er in den Keller, um die aktuellen Werte zu messen. «Bis jetzt funktioniert alles tadellos», sagt er. «Auch mit wenig Sonne, Schnee auf den Kollektoren und Minustemperaturen.»

Mehr Eigenverantwortung wagen

Aus diesem Grund findet der Politiker Schilliger den heutigen Ansatz, vor allem Fassadensanierungen zu fördern, falsch. «Damit grenzt man die Freiheit unnötig ein.» Stattdessen solle der Staat Vorgaben machen, wie viel Energie einem Gebäude zugeführt werden darf. «Wie der Eigentümer dieses Ziel erreicht, soll ihm überlassen bleiben.»

Schilliger ist durch und durch Liberaler. Einer, der vorwärtsmachen will und dabei auf die Eigenverantwortung der Bürger und Unternehmer vertraut. «Ich bin doch nicht der Einzige im Land, der aus Interesse und dem Drang, bes-

ser zu werden, neue Sachen ausprobiert», sagt er. Daher lehnt er auch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ab, mit der Solar- und Windprojekte gefördert werden. «Subventionen machen Sinn, um neue Ideen im Markt zu positionieren.» Würden Subventionen wie bei der KEV aber dazu benutzt, den Preis eines Produkts auf das Marktniveau zu drücken, laufe etwas falsch.

Weg von der ideologischen Debatte

Schilliger will sich im Nationalrat für eine liberale Energiepolitik einsetzen. Das heisst für ihn vor allem: weg von der AKW-Frage – in der die Fraktion tief gespalten ist. Seine Meinung, die von der Parteispitze geteilt wird, ist klar: «Ein Kernkraftwerk lohnt sich heute einfach nicht mehr. Ohne neue, sichere und günstigere Technologie ist ein neues AKW nicht machbar.» Statt einer ideologischen Debatte wolle die FDP dazu beitragen, die Energiebilanz der Schweiz zu verbessern. Im Gebäudebereich, wo rund 50 Prozent aller verbrauchten Energie anfallen, ist das Potenzial am grössten – in diesem Punkt ist sich Schilliger auch mit CVP-Energieministerin Doris Leuthard einig. Fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle würden erst dann nicht mehr gefördert, wenn die erneuerbaren Energien günstiger sind. Dazu könne

Mit Eis heizen? Schilliger tut es

TECHNIK fak. Im Herbst nahm Peter Schilliger seine Solar-Eisspeicher-Heizung in Betrieb, nachdem er sein Haus 17 Jahre mit Öl geheizt hatte. Durch die Solar-Eisspeicher-Heizung kann Schilliger die benötigte Energie ausschliesslich von der Sonneneinstrahlung und der Aussentemperatur beziehen. Das Prinzip ist einfach: Auf dem Dach befinden sich unverglaste Solar-Luft-Kollektoren, die aus der Umgebungsluft und durch die Sonneneinstrahlung Wärme aufnehmen. Diese wird durch ein Gemisch aus Wasser und Glykol der Wärmepumpe zugeführt. Wird mehr Energie gewonnen als benötigt, wird diese über einen Wärmetauscher in den unterirdischen Eisspeicher geführt und dort «gelagert». Zusätzlich bezieht der Eisspei-

cher Wärme aus dem Erdreich. Im Winter wird dem Speicher allmählich Wärmeenergie entzogen, bis das Wasser darin gefriert. Dieser Vereisungsprozess bringt einen weiteren Energiegewinn – daher der Name Eisspeicher. Wenn also bei tiefen Aussentemperaturen und wenig Sonne nicht genügend Energie über die Kollektoren auf dem Dach bezogen werden kann, nutzt die Wärmepumpe die Wärme im Eisspeicher als Energiequelle. Eine intelligente Steuerung entscheidet selbst, wann welche Nutzung am effizientesten ist.

Und das nicht genug: Den für die Funktionsweise benötigten Strom erzeugt Schilliger selbst mit einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach seines Hauses.

die Schweiz beitragen. Und das heisst für Schilliger: Innovationen nicht behindern. Durch und durch liberal eben. Und einflussreich. Schilliger ist seit langem Mitglied der Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten, sein Wort hat

Gewicht. In Nationalrat allerdings ist er noch ein «Jungspund». Doch es würde kaum verwundern, wenn sich der Luzerner auch dort mehr und mehr Einfluss erarbeiten würde. **SERMIN FAKI**
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

ANZEIGE

Stiftsschule Engelberg
Abbey School Since 1120

Zweisprachige Maturität
(Deutsch/Englisch)

Tel +41 (0)41 639 62 11
www.stiftsschule-engelberg.ch